

¡Fijáate!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 801

Mittwoch, 26. März 2024

31. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Der Bürgermeister von CODECA in Santo Domingo Suchitepéquez, Teil 1.....	1
Staatsanwaltschaft beharrt weiter auf einer Untersuchung der Wahlergebnisse 2023.....	3
Aufruf zum Schutz der in den Naturschutzgebieten des Petén lebenden Gemeinschaften.....	4
Pächter*innen beklagen Erhöhung der Gemeindesteuern auf dem Markt von El Estor.....	5
Anti-Korruptions-Kommission beginnt mit der Ausarbeitung eines Ethik-Kodex.....	5
Einigungen im Kongress 2024: zunehmend ein harter Kampf.....	6

Der Bürgermeister von CODECA in Santo Domingo Suchitepéquez, Teil 1

In dem Online-Magazin Plaza Pública hat die Redaktion eine längere Reportage über einen von zwei Bürgermeistern der MLP in Guatemala gefunden. Es handelt sich um Miguel Ángel Ixcal Pérez, ein 58-jähriger Quiché, der seit mehr als zwei Jahrzehnten Aktivist des Komitees für bäuerliche Entwicklung (CODECA) ist und 2023 gewählt wurde. In dem ersten Teil wird die Person und seine Region vorgestellt. Im zweiten Teil im nächsten Heft wird es über den aktuellen Kampf für indigene und Landrechte gehen und die Zukunft des Ortes und der Region an der Costa Sur.

Santo Domingo Suchitepequez, 13. März - Miguel Ángel Ixcal Pérez, ein 58-jähriger Quiché, ist seit mehr als zwei Jahrzehnten ein Aktivist des Komitees für bäuerliche Entwicklung (CODECA). Er gewann 2023 das Bürgermeisteramt in Santo Domingo Suchitepéquez, der Gemeinde, in der diese indigene bäuerliche Bewegung vor etwas mehr als 30 Jahren gegründet wurde. Sie liegt an der Südküste und ist überwiegend ländlich geprägt, wobei mehr als die Hälfte des Gemeindegebiets von Zuckerrohr-, Palmen- und Bananenplantagen eingenommen wird. Ixcal Pérez kennt die Armut, die Unterernährung und den mangelnden Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen in der Gemeinde. Um dies zu ändern, sind seiner Meinung nach keine Reformen erforderlich, sondern "eine Änderung des gesamten Systems".

Miguel Ángel Ixcal Pérez sitzt im Gemeindesaal von Santo Domingo Suchitepéquez vor mehr als 50 Gemeindevertreter*innen und Vertreter*innen staatlicher Institutionen, um die erste Sitzung des Rates für Gemeindeentwicklung (COMUDE) in diesem Jahr zu leiten. Es ist seine Vorstellung als Bürgermeister, nachdem er von der Bewegung für die Befreiung der Völker (MLP) aufgestellt wurde, der Partei, die mit dem Vorschlag zur Gründung eines neuen plurinationalen Staates aus der Basis von CODECA hervorgegangen ist.

Die Rathäuser von Santo Domingo Suchitepéquez und Panajachel, Sololá, sind die einzigen beiden von 340, die die MLP bei den letzten Wahlen gewinnen konnte. Die Partei wurde aufgelöst, nachdem sie nicht einen einzigen Sitz gewinnen konnte. Nun sagen die Gemeindevorstände an der Südküste, dass sie bereits an der Registrierung einer neuen politischen Organisation arbeiten.

Einige Mitglieder der COMUDE haben sich bei ihm beschwert, dass die Sitzung ohne einen Imbiss begonnen worden sei, wie es unter der vorherigen Verwaltung üblich war. Sie forderten, dass die Stadtverwaltung für die nächsten Sitzungen einen Fahrdienst zur Verfügung stellt, da einige Anführer*innen aus Gebieten kommen, die mehr als eine Stunde vom Stadtzentrum entfernt sind und diese mit leerem Magen anreisen würden.

Der Bürgermeister hört ruhig zu und ergreift das Mikrofon. Er weist darauf hin, dass die Gemeindefinanzen kritisch seien, weil die vorherige Verwaltung drei Jahresgehälter für 229 Beschäftigte, insgesamt 1.500.000 Quetzales (ca. 173.000 €) an die guatemalteckische Sozialversicherungsanstalt (IGSS) und 800.000 Quetzales (ca. 92.170 €) an Energuate schuldet, so die vorläufigen Schätzungen. Es gelingt ihm, die Forderungen zu beschwichtigen.

"Ich verstehe, dass Sie um Transportmittel bitten, das tue ich wirklich. Und wenn Sie jetzt einen Kredit aufnehmen wollen, können wir einen Kredit aufnehmen und uns verschulden. Aber wir sind diejenigen, die dafür bezahlen werden, Vielleicht werden es unsere Enkelkinder sein. Was ich gesehen habe, ist, dass hier alles entweder Papa Muni oder Mama Muni war", warnt der Bürgermeister.

Ixcal Pérez will Sparsamkeit als Kommunalpolitik fördern. Seine Führungsqualitäten und seine Anerkennung beruhen auf Erfahrungen, die vom sportlichen Leiter von Fussballmannschaften in seiner Gemeinde bis hin zu einer 23-jährigen Karriere als Menschenrechtsverteidiger bei CODECA reichen. Er behauptet, die 22 Departements und ihre 340 Gemeinden durch sein jahrelanges politisches Engagement kennengelernt zu haben. Er trat der Organisation bei, um für das Recht auf Land zu kämpfen, das es ihm ermöglichen würde, Landwirtschaft zu betreiben und seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Schnell wurde er zu einem Förderer dieser und anderer Bereiche der Arbeit von CODECA auf nationaler Ebene.

"Einmal hörte ich, dass es hier in der Gemeinde ein CODECA-Treffen geben sollte. Ich sagte meiner Frau, ich würde hingehen, weil wir kein Land haben. Ich hörte, dass sie für Landbesitz kämpften, und das gefiel mir. Also begann ich, an den Versammlungen teilzunehmen", erinnert er sich.

Es dauerte zwei Jahrzehnte bis Ixcal Pérez zum Bürgermeister seiner Gemeinde gewählt wurde. Heute Morgen ist es ihm gelungen, die Unzufriedenheit der Gemeindevorstände über den Mangel an Lebensmitteln und Transportmitteln zu überwinden, aber das wird nicht seine einzige und auch nicht seine grösste Herausforderung sein, als Vertreter einer Bewegung, die das staatliche Gerüst abbauen und ein plurinationales Projekt aufbauen will.

Vom Kampf in der Gemeinde zum Wahlkampf

"Ich bin von Natur aus ein Indigener. Ich bin Guatemalteke und ich bin Bauer", sagte Ixcal Pérez am 15. Januar bei der feierlichen Vereidigung zum Bürgermeister in der Gemeindehalle von Santo Domingo Suchitepéquez. Er trägt einen Hut und ein weisses Hemd mit Stickereien an den Ärmeln und wirft der scheidenden Verwaltung vor, keine Berichte über die Gemeindefinanzen vorzulegen. Er sprach von dem Aufbau einer "partizipativen Demokratie", in der die indigenen Völker an der Entscheidungsfindung beteiligt sind.

Der Lebenslauf, den er seinen Wähler*innen vorlegte, enthält vielfältige Erfahrungen. Er ist Maisbauer, setzt sich seit mehr als 20 Jahren für die Menschenrechte der Bäuer*innen und Indigenen ein und war in den letzten vier Jahren politischer Berater der ehemaligen MLP-Abgeordneten Vicenta Jerónimo im Kongress der Republik. Er sagt, dass er nur ein Jahr Grundschulbildung hat, aber er versichert, dass sein wichtigstes Zeugnis sein jahrelanger Kampf für die Entwicklung der Gemeinden ist. "Ich hatte die Gabe, im Kampf für die Gemeinschaft dabei zu sein. Der erste Schritt war, mich in den Gemeinden bekannt zu machen. Wir haben es geschafft, dieses elektrische Licht, das wir sehen, durch ein Komitee zur Gemeindeverbesserung zu erzeugen. Ich war Hilfsbürgermeister, ich war Mitglied des Verwaltungsrats der katholischen Kirche und ich habe Fussballmannschaften in der Gemeinde geleitet", sagt er.

Im Jahr 1999, im Alter von 34 Jahren, schloss er sich CODECA an, um für Land zu kämpfen, das es ihm ermöglichen würde, seinen Lebensunterhalt durch Landwirtschaft zu bestreiten. Dann wurde er von der Leitung beauftragt, zu reisen, um sich für Menschenrechte und Versöhnung einzusetzen. "Ich begann, nach Guatemala-Stadt zu reisen. Wir diskutierten über die Friedensabkommen und Themen wie wirtschaftliche Wiedergutmachung, Land und psychosoziale Unterstützung für die Witwen der Opfer des internen bewaffneten Konflikts. Dann begann ich, nach Retalhuleu, Quetzaltenango, Cobán und so weiter zu reisen und verliess nach und nach das Departement. Ich war zweimal Präsident der Nationalen Koordinierung der Bäuerlichen Organisationen (CNOC). Bei CODECA koordinierten wir die Subventionen für Kleinbäuer*innen. So lernte ich die Regierungen und ihre Politik kennen", sagt er.

Es habe vier Wahlkämpfe gedauert, bis er die Gemeinde erreichte, in denen er versuchte, mit politischen Organisationen zu kandidieren, die für die Bedürfnisse der Bäuer*innen und der indigenen Bevölkerung sensibilisiert sind, sagt er. Die ersten beiden Versuche unternahm er 2011 und 2015 mit dem Bürger*innen-Komitee La Milpa (das Maisfeld). Bei den Wahlen 2019 kandidierte er zum ersten Mal für die MLP, wurde aber vom ehemaligen Bürgermeister von VAMOS (der Partei von Giammattei), Marvin Gustavo Pérez, geschlagen. Bei den letzten Wahlen wurde er schliesslich als MLP-Kandidat mit 30 Prozent der Stimmen gewählt.

Er bekräftigt, dass er seinen Sieg zum Teil der Unterstützung der in der Gemeinde vertretenen Basis von CODECA zu verdanken habe, die ihn bei seinen Wahlkampfaktivitäten begleitete, dass sich ihm aber auch andere Personen anschlossen, die nicht organisiert waren. Der gemeinsame Nenner war der Überdruß an den früheren Verwaltungen, die "die Gemeinde ausgeplündert" und die Bedürfnisse der Bevölkerung vernachlässigt hatten. Der Triumph gehörte dem Volk.

Die Bevölkerung finanzierte die Kampagne. Sie stellte Fahrzeuge zur Verfügung, brachte reines Wasser und übernahm die Kosten für den Treibstoff. "Wir haben eine Schuld gegenüber dem Volk. Ich selbst habe nur wenig Geld ausgegeben".

Den Einwohner*innen von Santo Domingo bot er an, sie dabei zu unterstützen, Gesundheitsposten mit Medikamenten und Krankenschwestern auszustatten, mehr Lehrer*innen in die Schulen zu bringen und den Zustand der Strasse zu

verbessern, die das Stadtzentrum mit den umliegenden Gemeinden verbindet. Und vor allem die Rückgabe der Autonomie an die Gemeinde, damit "Entscheidungen über Projekte von den Gemeinden getroffen werden und nicht von einem einzelnen Bürgermeister aufgezwungen werden".

Landwirtschaftliches Gebiet

Santo Domingo Suchitepéquez erstreckt sich über eine Fläche von 242 Quadratkilometern, die sich wie ein Streifen Land vom Zentrum des Departements bis zur Pazifikküste erstreckt. Das städtische Zentrum ist ein rechteckiges Gebiet im Norden der Gemeinde, das bei Einbruch der Dunkelheit als leer empfunden wird. Acht von zehn Einwohner*innen lebt in den ländlichen Gebieten im Süden, wie aus dem jüngsten Plan für kommunale Entwicklung und Raumordnung (PDM-OT) aus dem Jahr 2019 hervorgeht.

Ixcál Pérez lebt in Las Delicias, einer der ländlichen Gemeinden im Süden, deren einzige Verbindung zum Stadtzentrum eine unbefestigte Strasse ist, die sich über etwa 33 turbulente Kilometer erstreckt und von afrikanischen Palmen-, Gummi- und Zuckerrohrplantagen gesäumt ist. Weiter südlich gibt es auch Bananen- und Kochbananenplantagen. Diese Monokulturen bedecken 13.316 Hektar von Santo Domingo Suchitepéquez, eine Fläche, die laut der Karte zur Vegetationsdecke und Landnutzung 2020 des Ministeriums für Umwelt, Viehzucht und Landwirtschaft (MAGA) 56,39 Prozent der gesamten Gemeinde entspricht. Nutzpflanzen wie Saatgut und Mais nehmen kaum sechs Prozent des Gebiets ein. In einigen Gebieten gibt es Anzeichen für den Bau von Zuckerfabriken auf Zuckerrohrplantagen: Magdalena, El Pilar und Palo Gordo.

"Der Lohn, den die Bäuer*innen auf ihren Höfen verdienen, entspricht praktisch dem Mindestlohn. Sie verlassen ihre Häuser um drei oder vier Uhr morgens und kommen zwischen sieben oder acht Uhr abends zurück. In einigen Monokultur-Betrieben gibt es ohnehin kaum Beschäftigungsmöglichkeiten, weil die Maschinen die ganze Arbeit machen. Die Menschen arbeiten vor allem in Bereichen, in die die Maschinen nicht vordringen können", sagt Ixcál Pérez.

Monokulturen erschweren das Leben der Kleinbäuer*innen, die ihre Familien ernähren müssen. Laut PDM-OT 2019 besteht ein Problem darin, dass Zuckerrohr-, afrikanische Palmen- und Bananenfarmen sich oft das Wasser aus den Flüssen aneignen, so dass die Wassereinzugsgebiete nicht mehr versorgt werden und die Landwirt*innen nicht mehr in der Lage sind, ihre Subsistenzkulturen zu bewässern. Die Enteignung natürlicher Ressourcen und der fehlende Zugang zu Land ist ein Faktor, der die Gemeinden verarmen lässt, sagt Cindy Celedón, Bewohnerin der Gemeinde Conrado de la Cruz und Vertreterin der Organisation Widerstand an der Costa Sur. "Derzeit haben die Gemeinden mit der Ausplünderung des Wassers durch den Abbau von Palmen, Zuckerrohr und Bananenplantagen zu kämpfen. Die Hungersnot hat zugenommen. Das Gebiet wurde als Trockenkorridor eingestuft, und all dies hat den Familien an der Südküste geschadet", sagt Celedón.

Santo Domingo beendete das Jahr 2023 mit einer der höchsten Raten an akuter Unterernährung bei Kindern in Suchitepéquez: 278 von 10.000 Kindern leiden laut dem Nationalen Informationssystem für Lebensmittel- und Ernährungssicherheit von Guatemala an dieser Krankheit.

Nach Angaben von Ixcál haben mehrere Menschen beschlossen, wegen des Mangels an Möglichkeiten in die Vereinigten Staaten auszuwandern. In den letzten zwei Jahren zählte das guatemaltekeische Migrationsinstitut 682 Personen aus der Gemeinde, die zurückgeschickt wurden, nachdem sie von den Migrationsbehörden aufgehalten worden waren. "Die Mehrheit der Einwohner von Santo Domingo lebt in extremer Armut, da es sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Gemeinde keine Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Mehrere Gemeinden vereinsamen, weil viele Minguéños in den Norden abwandern", sagt er. (Fortsetzung folgt)

Staatsanwaltschaft beharrt weiter auf einer Untersuchung der Wahlergebnisse 2023

Guatemala, 18. März - Die von Rafael Curruchiche geleitete Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) hat ein neues offizielles Schreiben an das Oberste Wahltribunal (TSE) geschickt, in dem sie Informationen über die Wahlen von 2023 anfordert, aus denen der Präsident der Republik, Bernardo Arévalo, als Sieger hervorging.

Das Schreiben an das TSE wurde vom Richter Fredy Orellana genehmigt, und die Wahlbehörden müssen nun Informationen über die Wahlergebnisse übermitteln. In dem Dokument wird darauf hingewiesen, dass die Daten innerhalb von 48 Stunden an Richter Orellana übermittelt werden müssen, um der Aufforderung nachzukommen. Der Antrag wurde im Rahmen desselben Verfahrens gestellt, in dem auch Haftbefehle gegen Mitglieder der Partei SEMILLA ausgestellt wurden und in dem die Aufhebung der Immunität von Bernardo Arévalo und Karin Herrera beantragt wurde (**¡Fijáte!** berichtete darüber).

Prensa Comunitaria setzte sich mit der Presseabteilung der Staatsanwaltschaft (MP) in Verbindung, die das Auskunftsergebnis bestätigte. "(...) Der Vorgang unterliegt dem Gesetz zur Bekämpfung der Geldwäsche." (*Warum diesem Gesetz erschliesst sich der Redaktion nicht, denn in einem Fall geht es um Wahlbetrug, im anderen um angebliche Unterschriftfälschungen und um die Unterstützung der Proteste an der USAC ...*).

FECI lässt nicht locker

Am 8. Dezember 2023 reichten Curruchiche und die Staatsanwältin Leonor Morales, beide international wegen Korruption sanktioniert, ein Verfahren gegen SEMILLA ein, das in drei Phasen unterteilt ist. In zwei davon geht es darum, angebliche Verbrechen des gewählten Präsidenten und seiner Stellvertreterin aufzudecken. In der dritten Phase will die Staatsanwaltschaft das Oberste Wahlgericht wegen angeblichen Wahlbetrugs anklagen, ohne zu präzisieren, wer begünstigt worden sein könnte oder ob die Unregelmässigkeiten die Wahlergebnisse vom 25. Juni und 20. August tatsächlich beeinflusst haben.

Staatsanwältin Morales zählte eine Reihe angeblicher Unregelmässigkeiten auf, um die Betrugsbehauptung zu untermauern, und behauptete, dass "die Wahlzettel ungültig waren", wagte aber nicht zu sagen, dass die Ergebnisse ungültig waren, da dies eine ausschliessliche Befugnis des Obersten Wahlgerichts ist und zuvor bestätigt wurde.

Die beiden Staatsanwält*innen brachten zum Ausdruck, dass das TSE Rechtsverstösse begangen habe, indem es nicht die Gesamtheit der im Jahr 2023 ausgestellten Verträge veröffentlicht sowie nicht vollständig über die Entscheidungen über den Druck von Stimmzetteln und Wahlunterlagen und über die Sicherung der Wahlurnen informiert habe.

Darüber hinaus sagte Morales, dass am 25. Juni, vor Schliessung der Wahllokale, mehr als 450 Auszählungsbögen für jede Art von Wahl hochgeladen worden waren, was den Verdacht aufkommen liess, dass die Ergebnisse verfälscht worden waren. Eine weitere Feststellung der MP war ein Angriff auf das Computersystem für die Übermittlung der vorläufigen Ergebnisse (TREP), bei dem Daten manipuliert worden sein könnten. Sie wiesen auch darauf hin, dass mehr als 200 digitalisierte Auszählungsbögen im TREP fehlten, was einem Fehlen von 48.000 bis 53.000 Stimmen entspreche. Nach den offiziellen Angaben der TSE würde diese "Veränderung" der Stimmenauszählung jedoch nicht ausreichen, um die Kandidat*innen für den zweiten Wahlgang zu bestimmen, da der Unterschied zwischen SEMILLA als Zweitplatzierte und VAMOS als Drittplatzierte fast 219.000 Stimmen beträgt.

Die FECI weist auch darauf hin, dass ihr Zeugenaussagen von Personen vorlägen, die behaupten, dass sie nach Abschluss der Stimmenauszählung vorgeladen wurden, um den Auszählungsbogen Nummer 8 neu zu erstellen und sie mit den Ergebnissen der TREP in Einklang zu bringen. Demzufolge wurde das Computersystem TREP manipuliert, um zusätzliche Stimmen in das System einzuführen, damit sie mit den Auszählungsbögen übereinstimmen. Anschliessend wurden die Auszählungsbögen geändert, damit sie mit den TREP-Daten übereinstimmen. [*Entschuldigt die Konfusion, es sagt vielleicht mehr über den Wahn der beiden Personen aus als über die Realität, d.Red.*] (Prensa Comunitaria)

Aufruf zum Schutz der in den Naturschutzgebieten des Petén lebenden Gemeinschaften

Guatemala, 19. März - "Sie haben unsere Äste abgeschnitten, sie haben unseren Stamm verbrannt, aber sie konnten unsere Wurzeln nicht töten. Unser Volk wird wiedergeboren werden", war einer der Slogans der Gemeinden des Petén auf ihrem heutigen Marsch zum Kongress. Die mangelnde Aufmerksamkeit des Staates für die Gemeinden, die in den Naturschutzgebieten des Petén und der umliegenden Departements leben, führte zur Vorlage eines Reformvorschlages an die gesetzgebende Körperschaft.

Vertreter*innen der Gemeinden der Laguna del Tigre und der Sierra Lacandón kamen zum Kongress, um ein Dokument mit einem Vorschlag zur Reform zweier Dekrete des Gesetzes über Schutzgebiete und des Gesetzes zum Schutz der Maya-Biosphäre zu überreichen, um die Gemeinden anzuerkennen, die seit Jahrzehnten in diesen Gebieten leben, aber nicht die Bedingungen für ein würdiges Leben haben.

Leocadio Juracán vom Bäuerlichen Komitee des Altiplano (CCDA) wies darauf hin, dass es in der neuen Legislaturperiode zwar Abgeordnete gebe, die auf die indigenen Völker zugegangen seien und einige Themen behandelt hätten, aber das dürfe "nicht nur eine Show sein wie in den vergangenen Jahren". Er fügte hinzu, dass sie sich für die Indigenen einsetzen müssen, da diese das nötige Wissen haben, um sich um die natürlichen Ressourcen zu kümmern. Juracán sagte weiter: Da dies so sei, schlagen diese erneut Reformen vor und hoffen, dass sie nun, im Gegensatz zu früheren Jahren, Gehör finden.

Noemí Ardón aus La Libertad, Petén, sagte, dass die Regierung den Gemeinden seit der Verabschiedung des Gesetzes über die Schutzgebiete kein Budget für Projekte zur Verfügung gestellt habe, die der Bevölkerung zugute kämen; im Gegenteil, man habe sie als Usurpatoren bezeichnet. "Wir sind keine Geister, wir sind Menschen, die dort leben und dort geboren wurden... Ich weiss nicht, warum sie uns als Usurpatoren bezeichnen, wenn sie uns dazu gebracht haben, uns um diese Gebiete zu kümmern", sagte Ardón. Mit diesen Reformen, fügte sie hinzu, wolle man die Pflege der Schutzgebiete aufrechterhalten und auch die Anerkennung als Hüter*innen dieser Gebiete anstreben.

Die indigenen Autoritäten erklärten den Mitgliedern des Kongresses, dass das derzeitige Gesetz Gebiete oder Territorien schützt, damit sich andere bereichern können, wie z. B. die Bergbauunternehmen. Die Gemeinschaften prangerten die Tatsache an, dass der Kongress einige Initiativen, die sie als indigene Völker eingereicht haben, auf Eis gelegt hat. "Es gibt keine Aufmerksamkeit für diese Initiativen", sagten sie. Sie forderten auch den Bezirksabgeordneten Boris España und den Bürgermeister von Chiquimula auf, sich gegen die Ausbeutung von Ressourcen auszusprechen, die die Schwe-

re der Klimakrise in den Gemeinden dieses Departements verursachen.

Der Anwalt Édgar Pérez von der Anwaltskanzlei für Menschenrechte erklärte seinerseits, dass die Gemeinden von Laguna del Tigre und Sierra Lacandón seit 35 Jahren keine legale Möglichkeit bekommen hätten, um in ihren Gebieten zu bleiben. Das habe zu deren Vertreibung, zu mehr als 18 Todesfällen und zu einem Mangel an Grundversorgung für die Menschen geführt, die von diesem Ort vertrieben wurde, sagte er. Diese Situation sei der Hintergrund für den Vorschlag, die beiden Gesetze zu reformieren, mit dem Ziel, erstens die indigenen Völker, die in diesen Gebieten leben, anzuerkennen und zweitens den Staat zu verpflichten, in Projekte für ein würdiges Leben der Menschen zu investieren. Pérez wies darauf hin, dass die Initiative vorschlägt, dass die Regierung den Gemeinden selbst Materialien zur Verfügung stellt, damit sie die natürlichen Ressourcen weiterhin schützen können.

Die Anführer unterbreiteten diesen Vorschlag dem Abgeordneten der Fraktion von VOS, José Chic, der sie bei der Durchführung des Prozesses begleitete, und dem Präsidenten des Kongresses, Nery Ramos (AZUL). Diese begrüßten die Delegation und unterzeichneten den Empfang des vorgelegten Dokuments. "Einige sagen, dass sie für den Raubbau an den Wäldern verantwortlich sind, aber das ist nicht der Fall, es sind die Strukturen des organisierten Verbrechens, die sich dort niedergelassen haben. Wir sind aufgerufen, unsere natürlichen Ressourcen zu verteidigen", sagte Ramos, bevor er die Initiative unterzeichnete. Das Präsidium des Kongresses teilte mit, dass sie diese Initiative dem Plenum vorlegen werden. (Prensa Comunitaria)

Pächter*innen beklagen Erhöhung der Gemeindesteuern auf dem Markt von El Estor

El Estor, 19. März - Die Pächter*innen des städtischen Marktes Nr. 2 in El Estor, Izabal, haben eine Erhöhung der Tagesgebühr für das Recht auf einen Standplatz angeprangert. Auf diesem Markt gibt es 145 Stände, an denen hauptsächlich Obst und Gemüse verkauft wird. Die Pächter zahlen von Montag bis Freitag 3 Q (ca. 0,34 €) pro Tag, am Wochenende ist die Gebühr kostenlos. Nun will die Gemeinde El Estor die Marktgebühr auf 10 Q (= 1,15 €) pro Tag, einschliesslich Samstag und Sonntag, erhöhen. Juan Súchite, ein Angestellter der Stadtverwaltung, sagte, dass die Entscheidung über die Erhöhung der Steuer bei einem Treffen zwischen dem Vorstand der Mieter*innen und der Stadtverwaltung getroffen werden wird.

Ana García, eine Verkäuferin auf diesem Markt, sagte, es sei ungerecht, dass die Gemeinde sie 10 Q pro Tag zahlen lassen will, weil sie Geld von ihrem Gewinn verliere. "Es ist die erste Gemeindeverwaltung, die die Steuer erhöhen will. Wir verkaufen nur, um unsere Grundbedürfnisse und die unserer Kinder zu decken, und ausserdem sind schon einige Jahre vergangen, ohne dass sich dieser kleine Markt verbessert hat", sagte sie.

Einige der Pächter*innen, die seit mehr als 13 Jahren an ihren Ständen stehen, erklärten, dass die minimalen Verbesserungen an der Infrastruktur des Marktes auf Projekte zurückzuführen sind, die sie selbst durchgeführt haben. Sie haben die Stadtverwaltung um Unterstützung gebeten, aber keine Antwort erhalten. Während des Wahlkampfes 2023 wurde der Bau des Marktes von einigen Kandidat*innen versprochen, aber im Laufe der Zeit geriet er in Vergessenheit. Enrique Caal vom Vorstand der Mieter*innen sagte seinerseits, dass man sich in einer Versammlung darauf geeinigt habe, die Stadtverwaltung zu bitten, die derzeitigen Kosten beizubehalten und an Wochenenden keine Gebühren zu erheben. "Während der Versammlung waren wir uns alle einig, dass wir 3 Q pro Tag zahlen sollten und nicht 10 Q. Das wäre eine Menge Geld, das die Gemeinde einnimmt, und wir glauben, dass es nicht für die Verbesserung der Einrichtung verwendet wird. Wir könnten es akzeptieren, bis sie dem kleinen Markt Vorrang geben. Wir haben uns organisiert, um uns zu verbessern, und es ist nicht fair, die Kosten für die Steuern zu erhöhen". Während das Treffen der Händler*innen und der Stadtverwaltung stattfindet, zahlen die Pächter*innen weiterhin 3 Q pro Tag. (Prensa Comunitaria)

Anti-Korruptions-Kommission beginnt mit der Ausarbeitung eines Ethik-Kodex

Guatemala, 19. März - Die Nationale Anti-Korruptions-Kommission (CNC) hat mit der Ausarbeitung des Ethik-Kodex der Exekutive begonnen, der sicherstellen soll, dass die öffentlichen Institutionen nach ethischen Kriterien arbeiten, um die Korruption zu bekämpfen.

Der Kommissar der CNC, Santiago Palomo, erklärte, dass dieses Dokument in mehreren Phasen erstellt werden soll und noch vor den ersten 100 Tagen der Regierung Arévalo vorgelegt werden kann (*das wäre am 24. April, errechnet d.Red.*). In der ersten Phase werden Arbeitsgruppen gebildet, an denen Ministerien, Sekretariate, Präsidiale Kommissionen und die Zivilgesellschaft teilnehmen. Die zweite Phase beginnt mit der Ausarbeitung des Kodexes, der einer technischen und juristischen Prüfung und Analyse unterzogen wird. Darüber hinaus wird auf der Website der Kommission, cnc.gob.gt, die Initiative "Contéstale a tu país" (Antworte Deinem Land) eingerichtet, an der sich die Bevölkerung beteiligen kann, indem sie die Frage beantwortet: "Welches Verhalten sollte ein*e Staatsbedienstete*r an den Tag legen?" Die Vizepräsidentin Karin Herrera erklärte, dass die Verantwortung der Beamten*innen nicht nur verwaltungstechnischer und rechtlicher Natur sei, sondern auch darin bestehe, ihr Handeln transparent zu machen: "Die Ethik ist ein moralischer Kompass, der uns leiten kann, immer zum Wohle der Bevölkerung zu handeln", sagte sie.

Im Rahmen dieses Prozesses führte Präsident Bernardo Arévalo ein Gespräch über die Ethik im öffentlichen Dienst. "Ein Dokument, das den Willen und das Engagement dieser Regierung zeigt, die Prinzipien der Ethik als Grundlage und

Wurzel des öffentlichen Dienstes wiederherzustellen, etwas, das unser Land dringend braucht und das die Menschen unbedingt fordern", sagte er über den Ethikkodex. An dem Dialog nahmen teil: Santiago Palomo, Leiter des CNC; Mario Guerra Roldan, ehemaliger Präsident des Obersten Wahlgerichts; Dayana Alfaro, junge Vertreterin der 48 Kantone von Totonicapán und María de Fátima Mendoza, junge Vertreterin von Coincidir (übereinstimmen). (La Hora)

Einigungen im Kongress 2024: zunehmend ein harter Kampf

Guatemala-Stadt, 19. März - Mit der Absage des wöchentlichen Treffens der Fraktionschefs zur Abstimmung der Plenarsitzung am 19. März werden die Konflikte innerhalb des Kongresses erneut deutlich. Einige Vertreter*innen der parlamentarischen Fraktionen wurden gefragt, ob es einen Konflikt innerhalb des Regierungsbündnisses gibt, der sie daran hindert, einen Konsens zur Verabschiedung der Tagesordnungen zu finden. Einige Abgeordnete, die nicht namentlich genannt werden wollten, erklärten, dass zu den Vorabvereinbarungen im Januar die Unterstützung des Präsidiums und die Ernennung von Gouverneuren gehörten, die Regierungspartei sich aber in einigen Punkten nicht daran gehalten habe.

Der Vorsitzende der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE), José Inés Castillo, ist nicht der Ansicht, dass es einen Bruch im Bündnis gibt, denn es gebe Themen, bei denen Einigkeit bestehe, z.B. beim Gesetz über die umfassende Krebsbehandlung, aber bei anderen nicht. Da müssten die Stimmen anderer Blöcke gesucht werden, wie z.B. die Erhöhung des Budgets der Abteilung der Freiwilligen Feuerwehren.

"Wir haben die politische Reife, um hier zu sein. Und wir sehen die politische Unreife der SEMILLA-Fraktion, deren einziges Mittel darin besteht, nicht ans Telefon zu gehen, nicht an Sitzungen teilzunehmen. Ohne Gespräche werden wir keine Einigung erzielen. Wir sind keine Schafe, denen man beibringt, zu folgen. Wir haben eine klare Position und wir haben eine Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung. Sie können nicht erwarten, dass wir uns verstecken", kommentierte der Vorsitzende des CABAL-Blocks, Luis Aguirre. Der Abgeordnete fügte hinzu, dass man mit politischer Reife hoffe, einen Dialog mit dem regierenden Block zu führen. Aguirre wies darauf hin, dass die Sitzung in dieser Woche abgesagt und damit die Diskussion über eine legislative Agenda gestoppt sei, so dass man nicht sicher sei, ob am Mittwoch oder Donnerstag eine Plenarsitzung einberufen werde.

Keine Erpressung erlaubt

Einer der Punkte, in dem es keinen Konsens zwischen den regierenden Blöcken gibt, ist die Ernennung von Vertreter*innen des Kongresses in den Währungsrat, in den die Abgeordneten Javier López (UNE), Manuel Archila (CABAL), Samuel Pérez (Semilla) und Cristina Álvarez (CREO) berufen werden wollen.

Samuel Pérez antwortete, dass das Fehlen von Plenarsitzungen an den letzten Dienstagen auf Zweifel über den Weg der legislativen Agenda zurückzuführen sei. Er schränkte ein, dass dies in der Demokratie normalerweise geschehe, wenn Vereinbarungen auf der Grundlage "expliziter" politischer Vereinbarungen getroffen würden und nicht mit einer Dampfwalze wie in der Vergangenheit, die mit Korruptionsgeldern gekauft worden seien. Wenn dies aber nicht der Fall sei, müsse jede Agenda einen Diskussionsprozess durchlaufen.

Schliesslich versicherte Pérez, dass er mit allen Abgeordneten in Kontakt stehe, um einen Konsens zu finden. Ein weiteres Thema, das im Kongress diskutiert wird, ist die Ernennung des Präsidenten der guatemaltekischen Sozialversicherungsanstalt (IGSS). (La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6